

nicht wissen, dass sie das Virus in sich tragen und es munter weiterverbreiten. Das Infektionsgeschehen, neue Varianten etc. bleiben dann im Dunkeln.

„Pandemiebekämpfung“ im Sinne der Konzerne

Dass die Politik konsequent für die Interessen der Wirtschaft und gegen die Interessen und die Gesundheit der Bevölkerung arbeitet, ist offenkundig. Inzwischen geht der Trend dahin, dass den Unternehmen weitgehend freie Hand gelassen wird bei den „Corona-Schutz-Regelungen“. Faktisch wird es den Unternehmen überlassen, massive Grundrechtseinschränkung vorzunehmen, etwa wenn sie die Arbeiter:innen verpflichten sich zu impfen.

Dazu wurde nun in einigen Bundesländern bereits beschlossen, dass ungeimpfte Arbeiter:innen,

die an Covid erkranken und in Quarantäne müssen, keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung haben. Mit Pandemiebekämpfung hat das natürlich nichts zu tun. Die ungeimpften Arbeiter:innen werden vor die Wahl gestellt, ihre nächste Miete nicht zahlen zu können, krank zur Arbeit zu kommen und somit das Virus zu verbreiten, oder sich eben doch dem faktischen Impfwang der Regierung zu unterwerfen.

Auch wenn impfen tatsächlich zentral zur Überwindung der Pandemie ist – solche Maßnahmen dienen dazu die Arbeiter:innenklasse an autoritäre Anordnungen von oben zu gewöhnen und dafür Armut als Druckmittel einzusetzen. Das kann nicht im Interesse von uns Arbeiter:innen sein.

Die „neue Normalität“

Nun soll der Impfstatus die Bedingung für persönlichen Freiheiten und Grundrechte sein. Das perfide daran: Sind erst einmal Bedingungen formuliert, sind Grundrechte schon längst abgeschafft. Dabei sind Grundrechte dadurch definiert, dass sie keine Bedingungen voraussetzen. Dieses Vorgehen öffnet Tür und Tor für weitere Kriterien, die zum Ausschluss von bestimmten Gesellschaftsgruppen genutzt werden können.

Auch wenn nun der Wahlzirkus seine Zelte abgebaut hat und die neue Regierung die Geschäfte übernimmt, werden die Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse nicht aufhören. Es ist also höchste Zeit, dass wir uns nicht mehr spalten und isolieren lassen und gemeinsam für unsere Rechte und Freiheiten in die Offensive gehen.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

[fb.com/PerspektiveOnline](https://www.facebook.com/PerspektiveOnline)
t.me/perspektiveonline
[instagr.am/perspektiveonline](https://www.instagram.com/perspektiveonline)

V.i.S.d.P.:
 Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
 Frankfurter Str. 18
 51065 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 01511 6991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf's Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ perspektive-online.net/abo/
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. info@perspektive-online.net
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ perspektive-online.net/verein/
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. perspektive-online.net/spenden/

PERSPEKTIVE»

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 55 | Oktober 2021

www.perspektive-online.net

Die Preise steigen – also müssen auch die Löhne steigen!

- Von Thomas Stark-

Die Warenpreise in Deutschland sind in diesem Jahr drastisch gestiegen. Besonders betroffen sind Lebensmittel, Kraftstoffe und Heizöl. Für die Arbeiter:innenklasse bedeutet das eine Verschlechterung ihres Lebensstandards – es sei denn, sie setzt jetzt deutlich höhere Löhne durch.

Viele Arbeiter:innen haben es in den letzten Monaten beim Einkaufen bemerkt und jetzt haben es auch offizielle Statistiken

wieder einmal bestätigt: Die Preise in Deutschland steigen rasant an. Laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes ist der Verbraucherpreisindex im August um 3,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Dieser ist ein Durchschnittswert für die Teuerung in Geschäften, Restaurants, an Tankstellen und bei Dienstleistungen. Betrachtet man ausgewählte Waren im Detail, fällt das Bild noch drastischer aus. Der Preis für Eier etwa ist gegenüber August 2020

um 12,1 Prozent gestiegen. Kartoffeln sind um 13 Prozent teurer geworden, pflanzliche Speiseöl um 15,6 Prozent.

Kraftstoffe besonders teuer

Besonders stark verteuert haben sich Kraftstoffe. So kostet Superbenzin 26,4 Prozent mehr als noch vor einem Jahr, Heizöl 26,7 Prozent und Diesel 27,8 Prozent. Gerade der gestiegene Heizölpreis



dürfte bei vielen Arbeiter:innenfamilien am Jahresende für unangenehme Überraschungen sorgen, wenn viele Mieter:innen ihre Nebenkostenabrechnungen erhalten. Spitzenreiter bei den Preissteigerungen sind Mietwagen (+ 44,9 %) und Flüssiggas (+ 49,9 %). Im Durchschnitt billiger geworden sind dagegen unter anderem Kino- und Theaterbesuche (-0,7%), Spielwaren (-3,3%) oder zahnärztliche Dienstleistungen (-5,5 %). Der preiswertere Zahnarzt- oder Kinobesuch dürfte die Mehrkosten im Supermarkt, an der Tankstelle und beim Heizen jedoch bei weitem nicht ausgleichen.

Preisentwicklung dürfte sich weiter verschärfen

Zwar macht sich bei den drastischen Zahlen vom August bemerkbar, dass die Mehrwertsteuer im vergangenen Jahr zeitweise abgesenkt und der Ölpreis auf einem Rekordtief war. Das ändert jedoch nichts daran, dass der allgemeine Trend hin zu deutlich steigenden Preisen geht. Nach der Bundestagswahl dürfte sich diese Entwicklung sogar verschärfen. Was alle Parteien im Wahlkampf wohlweislich verschwiegen haben, sind nämlich

zukünftige Preissteigerungen z.B. bei Kraftstoffen aufgrund des geltenden Klimaschutzgesetzes. Da der deutsche Verkehrssektor seine Klimaziele bislang deutlich verfehlt, wird die nächste Bundesregierung die CO2-Steuer drastisch erhöhen müssen.

Dabei handelt es sich um eine Art zusätzlicher Mehrwertsteuer, die am Ende von den Konsument:innen bezahlt wird – z.B. schon in diesem Jahr in Form gestiegener Heizkosten. Nach Modellrechnungen von Wirtschaftsinstituten, könnte dieser CO2-Preis „im Extremfall“ auf bis zu 250 Euro je Tonne CO2 steigen. Das entspräche bei Benzin einer Verteuerung von 70 bis 80 Cent pro Liter.

Lohnforderungen aufstellen und durchsetzen

Arbeiter:innen in schlecht bezahlten Jobs, Teilzeitbeschäftigte und Renter:innen werden die zusätzlichen Belastungen durch teurere Waren kaum stemmen können. Die Konsequenz hieraus wäre eine weitere drastische Senkung des Lebensstandards für viele Millionen Menschen in Deutschland.

Die Arbeiter:innenklasse kann

hier jedoch gegensteuern: Nämlich indem sie Lohnsteigerungen mindestens in Höhe der Preisentwicklung einfordert. Schließlich verkaufen Arbeiter:innen den kapitalistischen Unternehmen ihre Arbeitskraft als Ware. Und diese wird eben gleichermaßen teurer, wenn die Preise für Lebensmittel, Fahrtkosten und andere Waren des täglichen Bedarfs steigen.

Diese ökonomische Logik scheinen die Führungen der Gewerkschaften leider schon lange vergessen zu haben. Denn die Tarifabschlüsse des letzten Jahres enthielten entweder Nullrunden bei den Löhnen oder aber Entgeltsteigerungen, die deutlich unterhalb der Preisentwicklung lagen. Jeder Geschäftsführer einer Firma, der seine Waren derart billig verramscht, wäre schnell seinen Job los.

Wollen die Arbeiter:innen in Deutschland ihren Lebensstandard verteidigen, müssen sie also selbst Lohnforderungen aufstellen, welche die Preisentwicklung ausgleichen, und diese auch im Kampf gegen die Kapitalist:innen durchsetzen. Das Mittel hierzu ist der Streik. Wie ein solcher funktioniert, haben die Eisenbahn-Kolleg:innen kürzlich vorgemacht.



Freiheit ist kein Privileg, sondern unser aller Recht!

- Von Enver Liria-

Die Debatten um 3G, 2G und inzwischen sogar 1G sind ein Generalangriff gegen das Grundgesetz und unsere Freiheitsrechte. Die viel beschworene „neue Normalität“ ist dabei gekennzeichnet von repressiven Maßnahmen gegen die Bevölkerung und Überwachung. Doch immer mehr Menschen spüren ihre Fesseln und es ist Zeit, dass wir für unsere Freiheiten und unsere Rechte zum Gegenschlag ausholen.

Die anstehenden 2G/3G Regelungen sehen vor, dass nur noch Geimpfte, Genesene und (im Falle von 3G) Getestete Zugang zu wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens bekommen sollen. Sogar die Möglichkeit eines Lockdowns inklusive Ausgangssperre

für Ungeimpfte und Nicht-Genesene wurde schon in die Diskussion geworfen.

Versagen der Impfkampagne

Der Grund für die Repression und Spaltung ist klar: Die Regierung steht vor dem Problem, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung sich bisher nicht impfen lassen hat. Dabei ist es erwiesen, dass die verfügbaren Impfungen große Wirkung zeigen und nur äußerst selten schwere Nebenwirkungen vorkommen. Trotzdem steht bei vielen Millionen Menschen das Misstrauen gegen die Pharmalobby und die Regierung, aber auch esoterische Vorbehalte, dem Gang zum Impfzentrum im Wege. Doch statt die Ungeimpften

zu überzeugen, weiß die Regierung nur mit noch repressiveren Maßnahmen zu antworten.

Zunächst wurde verkündet, dass die kostenlosen Tests abgeschafft werden. Darauf wurde die Debatte um 3G und 2G ausgebreitet und damit klargemacht: Die Impfpflicht kommt, wenn auch nur für Arme. Wer sich leisten kann die Test regelmäßig aus eigener Tasche zu zahlen, muss sich auch nicht impfen lassen. Für die allermeisten kommt das aber nicht infrage. Sie haben die Wahl zwischen der Impfung oder weitgehender sozialer Isolation.

Die Abschaffung der kostenlosen Tests hat noch den Nebeneffekt, dass die Anzahl der durchgeführten Tests rapide fallen wird. Somit werden viele Menschen gar

